

Diakonische Dienstleistungen in Zeiten knapper Kassen

Trägerfachverbände der Diakonie suchten auf Fachtag nach Lösungen in der kommunalen Finanzkrise

Wie können Städte und Gemeinden in Deutschland trotz ihrer leeren Kassen ihre sozialen Aufgaben erfüllen? Und wie können die verschiedenen diakonischen Helfefelder auf die Notsituation in den



Kommunen reagieren? Welche Vorschläge hat die Diakonie auf die gewaltige Herausforderung unseres Sozialstaates? Um diese Fragen drehte sich am 7. November eine gemeinsame Tagung der Trägerfachverbände im Diakonischen Werk der EKD im Haus der Kirche in Kassel. Rund 120 leitende Angestellte aus allen Hilfebereichen der Diakonie informierten sich in sieben Workshops über neue Ansätze, wie trotz chronisch knapper Kassen Menschen effektiv geholfen werden kann und diskutierten mit den Hauptreferenten über Aufgaben und Rolle diakonischer Arbeit.

Den Leitgedanken der Veranstaltung – gemeinsam nach Lösungen zu suchen – griff schon die Kassler Stadträtin **Anne Janz** in ihrem Grußwort auf: Sie appellierte darin, über den jeweiligen Tellerrand zu blicken und eine „gemeinsame Planungskultur“ für die soziale Daseinsfürsorge zu entwickeln. Ein Thema, das später auch in verschiedenen Workshops eine Rolle spielte und anhand von Beispielen anschaulich gemacht wurde.

Maria Loheide, neuer Vorstand Sozialpolitik im Diakonischen Werk der EKD, knüpfte in ihrem Referat an Frau Janz an und machte deutlich, dass sich die Kommunen auf die Diakonie als „verlässlichen Partner auch in Zeiten knapper Kassen“ verlassen könne. Maria Loheide beschrieb aus ihrer eigenen langjährigen Erfahrung, wie wichtig eine persönliche Gesprächsebene und das Verständnis für die Aufgaben des jeweils anderen für die konkrete Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Kommunen und Leistungsträger und damit für den Erfolg der sozialen Arbeit sind. Eine zentrale Aufgabe der Diakonie sei es, an der Ausgestaltung des Sozialstaates konstruktiv mitzuwirken. Als gemeinsames Ziel von Kommunen und diakonischen Leistungsträgern definierte sie ein „optimales Preis-/Leistungsverhältnis“ bei den sozialen Dienstleistungen.



Die Perspektive der Kommunen brachte **Verena Göppert**, Beigeordnete des Deutschen Städtetages, ein. Sie beschrieb in ihrem Vortrag die Entwicklung der kommunalen Finanzlage bis zur heutigen Situation. So seien



die kommunalen Investitionen 1970 noch achtmal so hoch wie die Sozialausgaben gewesen. Heute betragen die Investitionen nur noch die Hälfte der Sozialausgaben und „die Spirale bei den Sozialausgaben dreht sich immer schneller“. In diesem Jahr müssten die Kommunen vermutlich 50 Milliarden Euro an Krediten aufnehmen, um die sozialen Aufgaben finanzieren zu können, die zudem angesichts neuer gesetzlicher Vorgaben und der demographischen Herausforderungen eher mehr als weniger würden.

Um diese Situation in den Griff zu bekommen, nannte sie eine Reihe von Handlungsoptionen, über die das Plenum angeregt diskutierte: Neben einer stärkeren finanziellen Beteiligung von Bund und Land, der strikten Einhaltung des Konnexitätsprinzip und einer notwendigen Verzahnung der Sozialgesetzbücher plädierte sie unter anderem für eine Schwerpunktverlagerung von Reparatur zur Prävention und eine „Verbesserung der Zielgenauigkeit und Wirksamkeit von Hilfen“.

Wie diese Aufgabe gelöst werden kann, war unter anderem Thema im ersten der sieben Workshops, deren Ergebnisse hier kurz skizziert werden:

Workshop 1 „Wirkungsorientierung in der Jugendhilfe – Potenzial für Einsparungen?“

Die Eingangsfrage in diesem Workshop lautete: Kann in der Erziehungshilfe derselbe oder sogar ein höherer Nutzen bei weniger Kosten erreicht werden?

Thesen:

1. Eine Aussage, die nichts riskiert, erreicht nichts.
2. Wirkungsorientierte Steuerung zahlt sich bereits mittelfristig aus.
3. Die Kosten-Effektivität ist ein ökonomisch besserer Index als Budgets, Mengen oder Stückkosten.
4. Wo es nichts zu steuern gibt, sollte man es lassen.

Fazit: Es empfiehlt sich, sich mit den öffentlichen Trägern auf Qualitätsstandards zu einigen und die Wirkung von Maßnahmen gemeinsam zu überprüfen. Kinder, Jugendliche und Familien müssen in den Mittelpunkt gestellt werden.

Workshop 2 „Voraussetzungen zur Übernahme von Kliniken aus öffentlicher in kirchliche Trägerschaft“

Angesichts leerer Kassen stellt die Privatisierung bzw. der Verkauf öffentlicher Krankenhäuser an andere Träger eine attraktive Option für Kommunen und Kreise dar, das Betriebsrisiko abzugeben, keine Mittel mehr zum Ausgleich negativer Betriebsergebnisse bereitstellen zu müssen und einen zusätzlichen Ertrag für den öffentlichen Haushalt zu realisieren. Nicht nur private Klinikkonzerne, sondern auch freigemeinnützige, diakonische Träger kommen als künftige Betreiber ehemals öffentlicher Krankenhäuser in Frage. Um bei entsprechenden Ausschreibungen und Bieterverfahren zum Zuge zu kommen, müssen allerdings einige Voraussetzungen erfüllt werden und es bedarf kompetenter Unterstützung.

Darüber wurde in diesem Workshop praxisnah aus Sicht eines Beratungsunternehmens, einer finanzierenden Bank und eines übernahmefahrenen, diakonischen Trägers informiert. Bedenklich stimmt in diesem Zusammenhang, wenn der einmalig erzielbare Verkaufserlös zum alles entscheidenden Faktor wird und darüber nachhaltig angelegte, passgenaue gemeinnützige Versorgungskonzepte in den Hintergrund treten.

Workshop 3 „Suchet der Stadt Bestes – Kommunen vor dem Aus?“

In diesem Workshop stand die Situation der Stadt Duisburg im Mittelpunkt, als typisches Beispiel einer deutschen Kommune in Not. Die Stadt fällt unter die Bestimmungen der vorläufigen Haushaltsführung durch den Regierungspräsidenten (Nothaushaltsrecht). Durch einen hohen Anteil von Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit ist die sozialpolitische Handlungsfähigkeit dieser Kommune äußerst begrenzt, zumal das Konnexitätsprinzip wegbricht. Politikverdrossenheit der Bürger und der Kommunalpolitiker ist Folge dieser Entwicklungen. Sozialpolitische Verantwortung tritt dabei zunehmend in den Hintergrund, kommunale Sozialpolitik wird dabei marginalisiert.



Das Diakoniewerk Duisburg ist als Anbieter einer Vielzahl von sozialen Dienstleistungen von diesen Entwicklungen unmittelbar betroffen. Als Lösungsansätze wurden im Workshop genannt: sich „laut zu wehren“ gegen diese Entwicklungen, eine klare politische Position einzunehmen, Netzwerkarbeit zu forcieren, die Armutsfrage in beide Kirchen vor Ort hineinzutragen, sich aktiv an einer kommunalen Sozialberichterstattung zu beteiligen und Empowerment für die Betroffenen zu leisten. Gleichzeitig müssen die Qualitäten (Strukturen, Prozesse und Ergebnisse/Wirkungen) der Hilfeangebote im Fokus stehen. Mit den knapper werdenden Ressourcen muss ordentlich umgegangen und sozialpolitische Lobbyarbeit verstärkt werden.

Workshop 4 „Sozialräumlich orientierte Eingliederungshilfe: alles inklusive bei niedrigeren Kosten?“

Mit dem Referenten Prof. Dr. Norbert Wohlfahrt entwickelte sich eine intensive Diskussion, die durch seine provozierenden Thesen befeuert wurden. Die erste lautete: "Die Entdeckung des Gemeinwesens und der Zivilgesellschaft verdankt sich nicht einer Rückkehr zum alten methodischen Prinzip der Gemeinwesenarbeit, sondern modernen sozialpolitischen Konzepten, die sich aus Dezentralisierungsbestrebungen Einspareffekte erhoffen."

Die durch die UN-Behindertenrechtskonvention verstärkten Dezentralisierungsbemühungen in den Sozialraum hinein beleuchtete Prof. Wohlfahrt mit der These 3: "Die Umsteuerung der Eingliederungshilfe vollzieht sich zwischen dem Ideal der Inklusion und der Realität nicht ausreichender Finanzressourcen. Unternehmensphilosophisch soll beides miteinander vereinbar sein. Der Begriff dafür heißt Sozialraum."

Wohlfahrt sieht die politisch (und fachlich) gewollte Ambulantisierung vom Scheitern bedroht. Für ihn würde Deinstitutionalisierung finanzielle Aufwendungen in beträchtlicher Größenordnung erfordern. Und abschließend stellte er fest, dass "Sozialraumorientierung in Wahrheit ein Steuerungskonzept der Kostenträger ist." Es ginge dabei letztlich um die Einschränkung von individuellen Rechtsansprüchen, um eine neue Infrastrukturpolitik unter dem Stichwort der Gewährleistungsverantwortung.

Workshop 5 „Servicestelle Familie und Beruf“

Seit 2007 bietet die ProMensch gGmbH, eine 100%ige Tochter der Diakonie Schweicheln, ein bundesweit einmaliges Projekt, die "Servicestelle Vereinbarkeit von Familie und Beruf (VfB)" an. An dem Projekt beteiligen sich inzwischen 19 Unternehmungen bzw. Stadt-Verwaltungen. Ca. 12.000 Mitarbeiter/innen können das Angebot VfB in Anspruch nehmen.

Ziel der Servicestelle ist es, Soforthilfe in jedem Lebensbereich zu bieten und dadurch die Mitarbeitenden zu unterstützen, private Interessen und das Familienleben mit den Anforderungen der Arbeitswelt in Einklang zu bringen. Die Mitarbeiter der Servicestelle helfen beispielsweise dabei, die Betreuung für ein erkranktes Kind oder einen Pflegefall zu organisieren oder Schuldenprobleme zu lösen. Namen und Anliegen der Anfragenden werden absolut vertraulich behandelt und dem Arbeitgeber nicht mitgeteilt.

Workshop 6 „Gestaltung eines generationengerechten Gemeinwesens“

Drei Säulen tragen das Projekt „Wohnen in Steinheim“. Auf einem kommunalen Grundstück baut das Ev. Johanneswerk Bielefeld in der ostwestfälischen Kleinstadt eine stationäre Einrichtung der Altenpflege und als zweite Säule 30 barrierefreie Wohnungen. Ergänzend dazu entsteht ein Nachbarschaftszentrum, in dem eine Fachkraft für die Gemeinwesenarbeit Bewohner und interessierte Bürger in Kontakt bringt.

Workshop 7 „Beschäftigungsmöglichkeiten im Spannungsfeld kommunaler Interessen“

Der EnergieSparService in Essen ist ein gemeinsames Projekt der Neue Arbeit gGmbH, der Stadt und des Jobcenters Essen, der Verbraucherzentrale NRW und des Essener Verbundes der Immigrantenvereine, unterstützt von Sponsoren. Die Idee des Projektes ist, dass Energiesparhelfer/innen Haushalte mit geringem Einkommen kostenlos darin beraten, Energie zu sparen. Effekte des Projektes: Es wurden Langzeitarbeitslose eingestellt. Haushalte mit geringem Einkommen sparen langfristig 1,1 Mio. Euro an Energiekosten und die Kommune mehrere Hunderttausend Euro an Transferleistungen. Das Projekt dient dem Klimaschutz: Es wurden 3000 Tonnen CO₂ weniger an die Umwelt abgegeben.

Fazit im Workshop: Wenn die Kommunen Interesse haben, werden Projekte fortgesetzt. Es sind politische Aktionen nötig gegenüber der Ev. Kirche und der Politik, um die Interessen der Langzeitarbeitslosen zu vertreten. Statt des Outsourcings von wenig Qualifizierten, sollten Beschäftigungsgesellschaften eingesetzt werden. Die Sparbeschlüsse sollten zurückgenommen und das PAT-Modell und Fair Holder Value vorangetrieben und umgesetzt werden.

Den Schlusspunkt der Veranstaltung setzte der Vorsitzende des Evangelischen Erziehungsverbandes (EREV), **Wilfried Knorr**. Er machte unter anderem deutlich, dass künftig andere Finanzierungsmöglichkeiten für soziale Aufgaben gesucht werden müssen und dass die Diakonie kreativer in ihrer Angebotsgestaltung

werden müsse. Knorr stellte eine Dissonanz fest zwischen den Vorstellungen, wie der Sozialstaat idealerweise auszusehen hat, und dem, was die Gesellschaft dafür zu zahlen bereit ist. Ein Grund dafür könnte sein, dass soziale Ausgaben nicht als Investition in die Zukunft, sondern stets als Haushaltslast definiert werden. Für ihn ist es daher eine wichtige Aufgabe von Diakonie, hier um eine Umdeutung zu kämpfen.

Die Vorträge und Workshop-Präsentationen finden Sie auf der Website www.erev.de in der Rubrik Download unter dem Stichwort „Skripte 2011“.

Text und Fotos: Claudia Biehahn